

A-01 Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft

Gremium: Präsidium

Beschlussdatum: 28.04.2023

Tagesordnungspunkt: TOP 2 "Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft"

Antragstext

1 In einem Jahr wird in der Europäischen Union gewählt. Wie wird die Zukunft Europas
2 ausgestaltet werden? Wird die wehrhafte und vielfältige Demokratie verteidigt und die
3 Rechte
4 von diskriminierten Gruppen gestärkt? Oder werden rechte Kräfte immer mehr an
5 Macht gewinnen
6 und unser aller Leben in Freiheit gefährden?

7 Die massiven Zugewinne der Rechtsaußen Partei in Finnland, der Wahlsieg der
8 Rechten in
9 Italien und Schweden, die diskriminierende Politik von Viktor Orban in Ungarn und der
10 PiS-
11 Partei in Polen zeigen, wie sehr die europäische Demokratie unter Druck steht. Wir
12 sehen,
13 wie Frauen, queere Menschen, Schwarze Menschen und People of Colour, Sinti*zze und
14 Rom*nja,
15 jüdische und muslimische Menschen erneut zum Feindbild und zur Bedrohung erklärt
16 und ihrer
17 Rechte beraubt werden.

18 Als Europäer*innen müssen wir uns alle unserer Verantwortung für ein soziales,
19 gerechtes und
20 diskriminierungsfreies Europa bewusst sein. Wer mit dem Bedienen von rechten und
21 rassistischen Narrativen zu punkten versucht, stärkt autoritäre Kräfte und schwächt
22 die
23 Demokratie in Deutschland und in Europa. Wer als Antwort auf gesellschaftliche
24 Probleme und
25 Krisen die Abschottung nach außen vorschlägt, bedroht das europäische Projekt.

26 Auch in Deutschland erleben wir eine immer weitere Verschiebung des Sagbaren,
27 pauschalisierende und diskriminierende Aussagen über Menschen und vermeintliche
28 Gruppen, die
29 die Ausgrenzung und Gewalt gegen sie befeuern. Wir wissen, was es bedeutet, wenn
30 Menschen zu
31 "Anderen" gemacht werden und stellen uns einer solchen Rhetorik entschieden
32 entgegen. Denn
33 klar ist: Wenn wir unsere Demokratie nicht verteidigen, ist das Leben aller in Freiheit
34 und
35 Sicherheit gefährdet.

36 **Unsere Gesellschaft ist vielfältig**

23 In Deutschland leben viele Menschen mit diversen Perspektiven, Geschichten,
24 Erfahrungen und
25 Identitäten zusammen. 22,3 Millionen in Deutschland lebende Menschen und
26 inzwischen fast
27 jedes zweite Kind unter zehn Jahren hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Sie
28 alle
29 sind Teil unserer Einwanderungsgesellschaft und es ist unsere Aufgabe als
30 Gesellschaft,
31 allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben und Teilhabe zu ermöglichen.- Denn
32 erst dann
33 ist das Versprechen der Demokratie vollkommen.

34 Rassismus trifft nicht alle, aber er geht uns alle an. Noch immer ist Rassismus brutale
35 Wirklichkeit in unserem Land. Die Anschläge in Hanau und Halle, München, Solingen,
36 Mölln,
37 Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord an Walter Lübcke – wir wissen,
38 dass aus
39 diskriminierenden Worten Taten werden. Wenn Menschen ausgeschlossen und
40 angefeindet werden,
41 dann ist es unser aller Aufgabe, an ihrer Seite zu stehen und unmissverständlich
42 deutlich zu
43 machen, dass der Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus,
44 Muslimfeindlichkeit,
45 Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja, Anti-Schwarzen Rassismus, Behinderten- und
46 Queerfeindlichkeit niemals verhandelbar sein wird.

47 Aber Rassismus beginnt nicht erst bei Gewalt und Terror. Er beginnt dort, wo Menschen
48 Zugänge verweigert werden und sie zu „Anderen“ gemacht werden. Laut einer
49 repräsentativen
50 Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung haben 22 %
51 der
52 Gesamtbevölkerung bereits Rassismus erfahren. Die Erfahrungen reichen von
53 gewalttätigen
54 Angriffen bis zu Diskriminierung im Alltag – wie zum Beispiel in der Schule, in der
55 Arztpraxis oder bei der Wohnungssuche. In einer vielfältigen Gesellschaft müssen wir
56 sicherstellen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Teilhabe und
57 Mitbestimmung haben.

48 **Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand sichern**

49 Erst, wenn alle Menschen Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung, Arbeit,
50 Gesundheitsversorgung, Pflege, Kultur, Wohnen, Mobilität und politischer Teilhabe
51 haben,
52 können alle Menschen selbstbestimmt ihr Leben in unserer Gesellschaft gestalten -
53 erst dann
54 leben wir in einer gleichberechtigten Gesellschaft. Deshalb ist die Frage der sozialen
55 Gerechtigkeit eines der zentralen Themen unserer Zeit.
56 Die vermeintlich einfachen Lösungen, die von rechten und konservativen Akteur*innen
57 präsentiert werden, manifestieren die sozialen Ungerechtigkeiten in unserer

Gesellschaft.

- 52 Anstatt diskriminierende und rassistische Strukturen abzubauen, um
Chancengerechtigkeit und
53 Teilhabe zu ermöglichen, wird die Ausgrenzung von diskriminierten Menschen
legitimiert und
54 verfestigt. Dem stellen wir uns mit einer konsequenten Politik entgegen, die die
55 Lebensrealitäten aller Menschen ins Zentrum unseres Handelns stellt und die
Diversität der
56 Gesellschaft widerspiegelt.
- 57 Die Politik rechter und autoritärer Akteur*innen gefährdet aber nicht nur den
Zusammenhalt
58 unserer Gesellschaft, sondern erstickt auch ihr Potenzial für die Zukunft. Eine Politik,
die
59 auf Chancengerechtigkeit, Vielfaltsförderung und Antidiskriminierung setzt, schafft
eine
60 resiliente, menschenrechtskonforme und wirtschaftlich stabile Gesellschaft.
- 61 Denn nicht nur Deutschland ist auf die Einwanderung von Fachkräften angewiesen. Um
unseren
62 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand auch in den kommenden Jahren zu
sichern,
63 müssen wir deshalb unser Einwanderungsrecht grundlegend modernisieren. So zeigt
zum Beispiel
64 eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass ein hoher Bürokratieaufwand, eine
restriktive
65 Einbürgerungspraxis, aber auch der Umgang mit Diversität qualifizierte Fachkräfte
vom Zuzug
66 nach Deutschland abhält.
- 67 Anstatt auf Abschottung und Ausgrenzung zu setzen, werden wir Migrant*innen das
Ankommen
68 erleichtern, indem wir Einwanderung familienfreundlich und transparent gestalten,
69 bürokratische Hürden abbauen sowie eine Ankommens- und Willkommenskultur
nachhaltig fördern.
- 70 Als Regierungspartei sind wir dafür schon viele wichtige Schritte gegangen. So trägt
die
71 Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Ermöglichung der doppelten
Staatsbürgerschaft
72 den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Rechnung. Wer hier dauerhaft lebt, wird
nach
73 fünf Jahren und bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren auch
74 mitbestimmen, wählen und das gesellschaftliche Zusammenleben gleichberechtigt
mitgestalten
75 können. Nicht zuletzt stärken wir damit auch unsere Demokratie. Und wir tragen
endlich der
76 Lebensleistung der ersten Generation, die im Rahmen der Anwerbeabkommen nach
Ost- und
77 Westdeutschland gekommen sind, Rechnung, in dem wir ihre Einbürgerung
erleichtern. Denn sie
78 haben unser gemeinsames Land mit aufgebaut und wurden dennoch seitens der

Politik über
79 Jahrzehnte vernachlässigt.

80 **Starkes Recht gegen Diskriminierung**

81 Als GRÜNE ist für uns schon lange klar, dass wir die vielfältige Gesellschaft gestalten
82 wollen. Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, ist es unerlässlich,
den
83 Schutz vor Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt zu stärken. Es ist wichtig,
dass
84 sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen Mitteln
effektiv
85 wehren können. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll vor
Diskriminierung
86 schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich nicht
ausreichend
87 gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Die Ampel-
Regierung hat
88 sich vorgenommen, das AGG zu überarbeiten, Schutzlücken zu schließen und den
89 Anwendungsbereich auszuweiten.

90 Dazu sind wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gegangen: Nach Jahren ohne
Leitung,
91 wird die Antidiskriminierungsstelle des Bundes endlich aufgewertet und ihre Leitung
nun von
92 Ferda Ataman übernommen. Außerdem hat die Bundesregierung mit Reem Alabali-
Radovan erstmals
93 eine Beauftragte für Anti-Rassismus benannt, ebenso mit Dr. Mehmet Daimagüler
erstmals einen
94 Beauftragten gegen Antiziganismus berufen. Weiterhin gilt es die zentralen
Empfehlungen der
95 Unabhängigen Kommission Antiziganismus umzusetzen und endlich einen
Staatsvertrag mit den
96 Vertreter*innen der Minderheit der Sinti*zze und Rom*nja auf Bundesebene zu
schließen.

97 Und wir wollen endlich, dass die Teilhabe aller hier lebenden Menschen mit einem
98 Bundespartizipationsgesetz gesichert und aktiv gefördert wird. Wichtige politische
99 Entscheidungen sollen nicht über die Menschen, sondern mit und von ihnen getroffen
werden.
100 Deshalb wollen wir eine Partizipationsrat einführen, der dabei maßgeblich berät.

101 **Strukturen diskriminierungssensibel gestalten**

102 Wir wollen, dass sich alle gesellschaftlichen Bereiche für die unterschiedlichen
Erfahrungen
103 und Perspektiven öffnen. Denn um diese Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, müssen
alle
104 Menschen die Möglichkeit haben, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen engagieren
zu
105 können. Doch wir sehen, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen in der Politik noch
deutlich
106 unterrepräsentiert sind. Das gilt auch für unsere Partei.

107 Rassismus manifestiert sich nicht nur im Handeln autoritärer und rechter
108 Politiker*innen.
109 Rassistische Denkweisen und Strukturen finden sich überall in unserer Gesellschaft - in
110 staatlichen Institutionen, Gesetzen und Politik. Wir setzen daher auf antirassistische
111 Instrumente zum Abbau von systemischer Diskriminierung und Rassismus.
112 Durch unser Vielfaltsstatut haben wir ein starkes Instrument, um Rassismus in unserer
113 Partei
114 zu bekämpfen und marginalisierte Gruppen zu stärken. Indem wir die Vielfalt der
115 Stimmen im
116 Meinungsbildungsprozess und bei der Entscheidungsfindung erweitern, können wir
117 sicherstellen, dass unsere Politik die Bedürfnisse und Erfahrungen aller Mitglieder der
118 Partei und Gesellschaft, einschließlich derer, die von Rassismus betroffen sind,
119 widerspiegelt.
120 Hierbei spielen insbesondere Selbstvertretungen und Empowerment-Netzwerke wie
121 BuntGrün eine
122 besondere Rolle. Sie gestalten geschützte Räume für Menschen mit
123 Rassismuserfahrungen, und
124 empowern sie, um politische Verantwortung bei uns zu übernehmen. Sie schaffen
125 wertvolle
126 Netzwerke und weisen nicht zuletzt immer wieder auf diskriminierende Strukturen hin
127 und
128 bringen ihre Perspektive in den Meinungsbildungsprozess, die programmatische
129 Ausrichtung und
130 Entscheidungsfindung ein.
131 Als Diversitätsrat wollen wir gemeinsam Wege aufzeigen, wie die
132 diskriminierungssensible und
133 rassismuskritische Gestaltung unserer Partei gelingen kann. Dazu ist ein Bündel an
134 Maßnahmen
135 notwendig:
136
137 1. Wir wollen das Wissen über Diskriminierung und Rassismus auf allen
138 Ebenen der Partei
139 verankern. Diesen Auftrag gibt uns nicht zuletzt das Vielfaltsstatut. Ein
140 Baustein
141 dafür ist die Ausbildung unserer Parteimitglieder zu Diversitytrainer*innen,
142 die als
143 Multiplikator*innen das Wissen über Diskriminierung und Maßnahmen zur
144 effektiven
145 Umsetzung des Vielfaltsstatuts vor Ort weitergeben können. Dieses
146 Programm wollen wir
147 verstetigen.
148
149 Zusätzlich soll der Bundesverband insbesondere für Bundes-, Landes- und
150 Kreisvorstände, Landesgeschäftsführer*innen und BAG-Sprecher*innen ein
151 Angebot für
152 unterschiedliche Weiterbildungen, wie Trainings in Inclusive Leadership und
153 rassismuskritischer Arbeit vor Ort, sowie zur Auseinandersetzung mit
154 Privilegien und
155 Allyship machen.

138

139 Auch die vielfaltspolitischen Sprecher*innen des Bundes und der Länder
140 sollen
141 regelmäßig Angebote zur Weiterbildung und Supervision wahrnehmen.

142

Die Angebote werden aus dem Vielfaltscent teilfinanziert.

143 2. Wir wollen die Kreisvorstände und Akteur*innen vor Ort mit gezielten
144 Infomaterialien
145 bei der Umsetzung des Vielfaltsstatuts unterstützen. Deshalb soll eine
146 Broschüre mit
147 praktischen Tipps zur Umsetzung des Statuts vor Ort erarbeitet werden. Die
148 Broschüre
149 soll auch Wege aufzeigen, um mit diskriminierenden und rassistischen
150 Vorfällen vor Ort
151 umzugehen und Betroffene besser zu unterstützen, sowie Anregungen und
152 Empfehlungen zur
153 diskriminierungs- und rassismuskritischen Arbeit vor Ort geben.

149 3. Wir wollen Empowerment-Netzwerke wie BuntGrün unterstützen. Dafür soll
150 der
151 Bundesverband für die Mitglieder von Bunt-Grün u.a. Angebote für
152 unterschiedliche
153 Weiterbildungen, wie spezielle Trainings in Leadership für Menschen mit
154 Rassismuserfahrungen, sowie Workshops für Empowerment,
155 Ausdrucksstärke und Selbstkraft
156 sowie Rhetorik und Umgang mit rassistischen Drohungen machen.

154

155 Politisch Aktive, die von Diskriminierung betroffen sind, sind besonders
156 häufig
157 Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt. Als Partei dürfen wir sie damit
158 nicht alleine
159 lassen. Deshalb benötigt es Aufklärung über Hilfs- und Beratungsangebote
160 und
161 unterstützende Parteistrukturen.

159

160 Um die Vernetzung von Personen mit Migrationsgeschichte und
161 Rassismuserfahrungen
162 breiter und in allen Landesverbänden zu ermöglichen, wollen wir in einem
163 ersten
164 Schritt ein Netzwerktreffen für Menschen mit Rassismuserfahrungen auf der
165 BDK 2023
166 anbieten. Dies knüpft an die kontinuierlich geleistete Arbeit von BuntGrün
167 an, die
168 diese Räume in der Vergangenheit bereits bereitgestellt haben. Wir wollen
außerdem die
Landesverbände ermutigen, ähnliche Treffen anzubieten und die Gründung
von ähnlichen
Netzwerken zu unterstützen, zu stärken und die dafür notwendigen
Ressourcen zur
Verfügung zu stellen.

168

169 Gemeinsam mit den Landesverbänden und BuntGrün wird der
170 Bundesverband darüber beraten,
171 wie das Netzwerk strukturell und finanziell unterstützt werden kann, so dass
172 auch die
173 Wahl der Delegierten zum Diversitätsrat erfolgen kann. Dafür wird ein
174 Auftakttreffen
175 der Sprecher*innen von BuntGrün, der vielfaltspolitischen Sprecher*innen
176 und der
177 Vielfaltsreferent*innen organisiert und finanziert.

178 Die*Der vielfaltspolitische Sprecher*in trifft sich mindestens viermal im Jahr
179 zum
180 Austausch mit den BuntGrün-Netzwerken, um über aktuelle
181 Herausforderungen und die
182 Weiterentwicklung unserer rassismuskritischen und vielfaltsfördernden
183 Arbeit zu
184 beraten.

179 4. Bisher sieht das Vielfaltsstatut eine Vertretung des BuntGrün-Netzwerkes
180 Berlin im
181 Diversitätsrat vor. Durch die Neugründung weiterer Netzwerke in anderen
182 Landesverbänden ist es notwendig, diese auch im Diversitätsrat zu
183 repräsentieren. Das
184 Präsidium des Diversitätsrates wird deshalb zur BDK 2023 eine
185 Satzungsänderung
186 vorschlagen, die vorsieht, dass das bundesweite Netzwerk von BuntGrün
187 zwei Delegierte
188 in den Diversitätsrat entsendet.

185 5. In unserem Vielfaltsstatut geben wir uns die Aufgabe, Diskriminierungsfälle
186 innerhalb
187 grüner Strukturen aktiv zu bearbeiten und Betroffene vor Diskriminierung
188 und Rassismus
189 zu schützen. Hierfür benötigt es Strukturen, die eine Bearbeitung von
190 Diskriminierungsfällen auf allen Ebenen der Partei gewährleistet. Mit der
191 Ombudsstelle
192 bei Fällen von sexualisierter Gewalt gibt es bereits eine Struktur, die dies
193 ermöglicht. Wir erkennen aber auch, dass es bei Diskriminierungsfällen
194 anderer Art
195 eine Leerstelle gibt, und sich Betroffene häufig alleingelassen fühlen.
196 Deshalb soll
197 eine Taskforce unter Beteiligung von Betroffenen, Expert*innen und
198 hauptamtlich
199 Beschäftigten der Partei bis zum ersten Quartal 2024 Empfehlungen für den
200 Aufbau einer
201 Struktur machen, die die effektive Bearbeitung von Diskriminierungsfällen
202 gewährleistet.

196 6. Auf Grundlage der Ergebnisse der Vielfaltserhebung 2023 wird der
197 Diversitätsrat die
198 Umsetzung des Vielfaltsstatuts evaluieren und die weiteren Maßnahmen

gemäß §2 Abs. 1
des Vielfaltsstatuts diskutieren.